

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 530. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 204.

Belegpreis für Halle und Magdeburg 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 7.50 M., halbjährlich 14 M., jährlich 27 M., durch die Post bezogen 30 M., außerdem 50 Pf. Gebühren am Schluß des Rechnungsjahrs für die letzte 1000 Briefmarken. Einzelhefte 10 Pf. Gebührenschein für die halbjährliche oder vierteljährliche Lieferung 1.00 M. Gebührenschein für die halbjährliche oder vierteljährliche Lieferung 1.00 M. Gebührenschein für die halbjährliche oder vierteljährliche Lieferung 1.00 M.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Schulze Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 156; Redaktionsbüro (Sonntagsblatt) Lindenstraße 1272. Verantwortl. Dr. Walter Gedenken in Halle a. S. Freitag, 10. November 1911.

## Die Marokko-Debatte im Reichstage.

In diesen Tagen beschäftigt sich bekanntlich der deutsche Reichstag mit der Debatte über das Marokko-Abkommen und des Abkommens mit Frankreich betreffend die beiderseitigen Besitzungen in Aquatorial-Afrika. Der getriggerte erste Tag der Verhandlungen nahm das besondere Interesse in Anspruch, weil der Reichskanzler, Herr v. Bethmann-Hollweg, zu allen den Fragen Stellung nahm, die in den letzten Monaten mit großer Spannung verfolgt wurden. Es geht uns über die Sitzung folgender Bericht zu:

Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück, v. Aderlind, v. Tschirch, v. Lisco, v. Heering, v. Solff und anderen Kommissaren.

Das Haus ist fast besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Marokko-Abkommens.

Dazu liegen eine Reihe Resolutionen vor. Das Zentrum und die Parteien der Linken wollen den Erwerb und die Abtretung von Schutzgebieten von der Zustimmung des Reichstages abhängig machen. Freiwirtschaft und Sozialdemokraten verlangen außerdem ein Verbot über die Verhandlungen mit Frankreich. Nach einer sozialdemokratischen Resolution enthält soll schon das vorliegende Marokko-Abkommen dem Reichstage zur Genehmigung — statt zur Kenntnisnahme — vorgelegt werden.

### Reichstag Dr. v. Bethmann-Hollweg:

Zur Beurteilung des Abkommens zunächst ein Blick auf die Entwicklung der marokkanischen Frage. Auch Algerien sollte sich bald, daß ein das Land beherrschender Sultan existiert. Dies führte zu immer größerem Einfluß Frankreichs, das schließlich den Wünschen erklärte, es müßte für das Leben seiner Offiziere am Hofe des Sultans fürchten und deshalb nach Belgien gehen. Wir erhoben seinen Einpruch, bestellten uns aber Handlungsfreiheit für den Fall vor, daß Frankreich über den angegebenen Zweck hinausgehe. Dies trat bald ein, und die Voraussetzung der Algerien-Affäre, ein selbständiger Sultan, war in Wegfall gekommen. Wir erklärten uns bereit, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, forderten aber größere Bestimmtheit in der Ausführung der deutschen Befugnisse, und als deutsche Interessen bedroht erschienen, entzogen wir ein Kriegsschiff, um das Leben und Eigentum unserer Untertanen zu schützen und um deutlich zu zeigen, daß wir unsere Untertanen ebenso selbständig schützen, wie Frankreich die seinen. Eine Provokation war das nicht. Wir protestierten und bedrohen niemand. (Sehr richtig! links.) Der zweite Tag. Wir haben lediglich unsere Rechte. Die Behauptung, wir hätten damals Handlungsfreiheit, ist unrichtig, und es ist im hohen Grade fehlerhaft, daß diese unrichtige Behauptung benutzt worden ist, um in unparlamentarischer Weise ein Zurückweichen der kaiserlichen Regierung und eine Demittierung des Kanzlers zu konstatieren (Zustimmung rechts). Das neue Abkommen über Marokko soll unsere Anstalt und unserm Lande größere Beweglichkeit und Sicherheit verschaffen. Mit allen seinen Bestimmungen wird unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko ein guter Dienst geleistet sein. Staatssekretär v. Lindquist übertrug dem Anbeter dem General größeren Selbständigkeiten. Er sagte, daß das Abkommen auf dem internationalen vorkriegsrechtlichen Gebiete (Sehr richtig! links). Dieses Ziel ließ leider nicht erreichen. Auch dem Abtreten deutschen Gebietes trug er grundsätzliche Bedenken entgegen. (Sehr richtig! links.) Diese Stellungnahme möchte mich, zu fragen, welche Haltung der Kolonialminister im Reichstage einnehmen wolle. Herr v. Lindquist sagte, es sei das Abkommen auf dem internationalen vorkriegsrechtlichen Gebiete (Sehr richtig! links). Die Verhandlung über die Veranlassung der Veranlassung für das Abkommen trage ich. Noch peinlicher war, daß Herr v. Lindquist Aussage sofort der Presse mitgeteilt wurde, natürlich ohne sein Zutun. Unsere Kolonialministerungen richteten sich jedenfalls auf eine kompakte Vergewisserung stützend. Die neuernannten Länder sind für die Gegenwart merkwürdig, wenn sie auch zugleich Randgebiete bringen, deren Verwaltung uns noch manche Sorge machen muß. (Auf links! rechts!) Gegen diese Kolonial-Erwerbung hat sich ein Sturm der Entrüstung gefolgt. (Sehr richtig! links.) Aber die guten Seiten des Abkommens dürfen nicht bestritten werden. Die Konzeptionsstellen sind eine schmerzliche Belastung und die Schlußtranskript ist eine böse Zugabe. Aber wir erhalten auch Gebiete, deren Wert nicht zu bestritten ist. Wer Kolonialpolitik treiben will, darf über die Gegenwartsfragen die Zukunftsvorstellungen nicht vergessen. Wir haben in den Marokko-Verhandlungen unser Programm stetig festgehalten. Die Vorteile über Schwächen unerschütterlich gehalten in sich selbst. Deutschland wird in der gegebenen Stunde sein Scherz zu genießen wissen. (Beifall.) Seine Majestät der Kaiser hat die gleiche Durchführung des bereits im Mai festgelegten Programms gefördert in fester Bereitschaft, für die Ehre der Nation einzutreten. (Beifall.) Selbstverständlich ist auch in keinem Augenblick an der abstrakten Verwirklichung von Herr und Pflanz gepöbeln worden. (Sehr richtig! links.) Wir haben durchgesehen, was wir wollten. Wenn der Befehl Sidmarokkos als Lebensinteresse ersehen, der mußte verlangen, daß wir in den Krieg ziehen. Ich nehme es für mich als Verdienst in Anspruch, daß wir der Hölle auf Vordermann in Marokko nicht nachgingen. (Sehr richtig! links.) Das Abkommen von 1909 sprach es aus, wir haben keine politischen Interessen in Marokko, und alle Parteien haben dieses Abkommen gebilligt. Niemand kann wissen, ob Deutschland dereinst ein Krieg beschließen sein wird. Für mich aber werden die Gesetze so zu fassen sein, daß ein Krieg, der nicht von der Ehre Deutschlands gebietet wird, auch vermieden wird. (Sehr richtig! links.) Der Wagnis und Bestimmtheit unserer Völker muß bestimmte Ziele zeigen, das war aber nicht der Fall. Der Abbruch der Verhandlungen wäre leicht gewesen. Aber die Wiederherstellung der

Algerien-Affäre war unmöglich; dieser Zustand war moralisch und materiell nicht erträglich. Man sagt, konnten wir Marokko nicht haben, so sollte es auch Frankreich nicht haben. Aber Marokko befehlt für mich in dem Bereich, den das eigene Land gewinnt. Die sah's vor Res und Agadir usw. Marokko war dem französischen Einfluß verfallen. Wir haben in Marokko nichts aufgegeben, das nicht schon aufgegeben war. Wohl aber haben wir neue Vorteile erworben. Am 11. es an Jüden, Vorteil und Nachteil abzumachen. Wir erwarten kein Lob, aber wir fürchten auch keinen Tadel. (Beifall rechts, Lachen links.)

Herr v. Bethmann-Hollweg (Bt.): Wir bitten um Kommissionsberatung. Dort wird es zu prüfen sein, ob die Interaktion der Vorlage zur Kenntnisnahme genügt. Aber wir glauben, daß auch jetzt schon die Zustimmung des Reichstages notwendig ist. Man wünschte eine Aktion gegen das Aufstehen der Verhandlung des deutschen Reichstages im vergangenen Sommer zu beteiligen. Gemäß ihm bestimmte Schanungen und Anwesenheiten in der Marokkopolitik vorgekommen und es hat an Festigkeit und Stetigkeit gefehlt. Aber diese Politik hat es auszuwege gebracht, daß die deutsche Politik festgelegt worden ist. Wir haben uns von Anfang an gegen territoriale Erwerbungen ausgesprochen. Die Erwerbung des deutschen Reiches im vergangenen Sommer erinnerte an die im Jahre 1870. Aber der Innuit flaute ab, als man sich äußerte, daß man eben von jeder Seite Landwerbungen beabsichtigte. Ich frage den Herrn Reichskanzler, was bisher geschehen ist, um den englischen Provokationen entgegenzutreten. Einem Teil unserer Völker kann der Vorwurf nicht erport bleiben, daß er die schmerzliche Aufgabe der Regierung überfordert habe. Der Ministerrat des Kolonialministeriums legt uns die Frage nahe, ob es nicht besser wäre, zu der früheren Einrichtung zurückzuführen. Der vorliegende Vertrag liefert uns nicht gegen stillschweigende Umgehungen der festgelegten Bestimmungen. Der Reichskanzler selbst hat eine verständliche Kritik an dem Abkommen geübt. Das Gute, was es bringt, wird von anderer Seite bestritten. Es enthält große Nachteile. Deutschland muß stark auf die Erfüllung achten. Ob das Abkommen wirklich zu guten Beziehungen zu Frankreich beiträgt, ist fraglich. Der Nebensachebande ist zu tief eingewurzelt. Alle Verhandlungsüberfälle scheitern an der Macht der Faktionen. Wir haben zu viel von unserer Friedensliebe geopfert. Sehr richtig! links. Wir sind nicht untrübselig, sondern auch mächtig und reich. Die Finanzreform hat uns dazu verholfen. (Stürmischer Widerspruch.) Es muß einmal von autoritativer Seite ihre ausgesprochen werden, daß wir uns von unrunder Weltmaßstimmung nichts rauben lassen werden. (Schwarzer Vorfall.)

Herr v. Bethmann-Hollweg (Bt.): Es erwidert mir unmöglich, einen Gegenstand von solcher Tragweite hier zu beurteilen. Die Regierung wird nicht umhin können, näheren Aufschluß über die Verhandlungen zu geben. Das kann am besten in einer Kommission geschehen. Auch die vorliegenden Anträge könnten dort beraten werden. Ich begreife schon jetzt, daß meine politischen Freunde einen Teil der Anträge zustimmen werden. Aber die in dem Abkommen festgelegten Abgrenzungen kann man verschiedener Meinung sein. Wir behalten uns ein einseitiges Urteil darüber solange vor, bis die Regierung die ganzen Verhandlungen in allen ihren Einzelheiten darlegt hat. Es ist unmöglich, daß solche Fragen anders als von selbständiger Verantwortung gelöst werden. Wenn andere Seite bestritten, es entfällt nicht, nicht voll zufrieden zu sein, so können wir deshalb doch nicht eine Veränderung der Kompetenzen fordern. Die Bewertung der neuen Randgebiete ist immer, zumal Herr v. Lindquist, vermutlich der ablehnende Kenner jener Gebiete, gegen uns ist. Wir haben die Regierung in Marokko benachteiligt, unter denen der bisherige Staatssekretär, gegen uns ist. Wer, wenn ich gegen die Verletzung des Amtsgebietes vor, und dagegen hätte ich der Kanzler in Schutz nehmen sollen. (Schwarze Zustimmung.) Was das Abkommen angeht, so hoffen wir, es würde mehr erreicht werden. Jetzt ist von einem selbständigen Marokko nicht mehr die Rede. Wir geben keine Worte, aber wir bekommen, was wir nicht eben so böse Worte. (Sehr richtig! links.) Gehen wir nur Opfer zu bringen und hätten wir nicht ein Sonderrecht verlangen können? (Sehr richtig! links.) Die Kompensation im Konge sind Hinatach und gesundheitlich vielfach ein fragwürdiges Objekt. (Schwarze Zustimmung.) Wir verstehen, daß der Kolonialminister diese beiden Abkommen übertrifft. (Beifall.) Wir hätten uns freie Hand lassen sollen, dann wären wir weiter gekommen. Der Kanzler sieht es als Fortschritt an, daß wir hier uns friedlich mit Frankreich verständigen konnten. Ich begreife, daß sich Frankreich mit diesen Verträgen wohlfühlt. (Sehr richtig! links.) Aber uns in den Frieden führt, ist das gute deutsche Schwert. (Stürmischer Beifall rechts.) Deutschland, ohne bloß, als es richtig ist, in gegenwärtigen Momente die deutsche Regierung herauszuweisen. Diese sind Situationen gegenüber, in denen sie nicht frei war. Manches war früher schon preisgegeben. Aber geben wir nicht in der Vergangenheit herum, sondern blicken wir vorwärts. Wenn der englischen Regierung mitgeteilt war, daß wir keinen Landwerbungen in Marokko beabsichtigen, so war die Rede von Lord George eine Drohung und demütigende Herausforderung. (Schwarze Zustimmung.) Solche Äußerungen bereitet sich das deutsche Volk. (Schwarze Zustimmung.) Ich ist es nicht wahr, daß sich ein britischer Vorkämpfer über das deutsche Volk zu ausgesprochen hat. Daß uns die Schwärze, ins Gesicht hing. (Stürmischer Beifall.) Wir unerschütterlich werden bereit sein, wenn ich gegen die Opfer zu bringen. (Lachen links, Auf. Geschäftsführer!) Gehen wir nur doch in dieser Stunde nicht eine neue Klart auf. Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihre Alles freudig setzt an ihre Ehre. (Stürmischer Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Lindquist: Die englische Regierung hat uns in bestimmter Weise erklärt, daß das erwähnte Interview den britischen Vorkämpfer in Wien nicht zum Heber habe. Daran hatten wir uns zu halten.

Herr v. Bethmann-Hollweg (Bt.): Während die französische Kammer in alle Einzelheiten der Verhandlungen über die Abkommen eingeweiht wird, muß sich der deutsche Reichstag mit den bloßen Paragraphen abfinden lassen. Empfinden Sie nicht auch Herr v. Bethmann-Hollweg als Schmach? Selbst das neue deutsche Reich hat das Recht, internationalen Verträgen zuzustimmen. Die Kolonialpolitik ist darauf zugeschnitten, Millionen zu

gücken. Was hatte es denn für einen Zweck, ein Schiff nach Agadir zu senden? Wenn wir es besetzt und behalten hätten, wären der einzige Erfolg große Opfer gewesen. Wenn ein sozialdemokratischer Redakteur so gegen die Regierung gefahren hätte wie die bürgerlichen, so wäre ihm Gefängnis sicher gewesen. Die herrschenden Klassen sind deshalb friedfertig, weil sie am wenigsten daranzufehen haben. Einem Landverber, den Herr von Lindquist beurteilt, können wir nicht zustimmen. Wir rüsten weiter und schließlich kommt der große Kladderadatsch. (Lachen.) Er kommt, er ist nur ausgeblieben. (Erneutes Lachen.)

Herr v. Bethmann-Hollweg (Bt.): Der Vorkämpfer kann die weltwirtschaftliche Entwicklung der Völker nicht hindern. Das Interpellationsrecht des Reichstages, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und die Ministeranfrage müssen vom neuen Reichstage geregelt werden. Versetze man nicht, daß es ein sozialdemokratischer Redakteur so gegen die Regierung gefahren hätte wie die bürgerlichen, so wäre ihm Gefängnis sicher gewesen. Die herrschenden Klassen sind deshalb friedfertig, weil sie am wenigsten daranzufehen haben. Einem Landverber, den Herr von Lindquist beurteilt, können wir nicht zustimmen. Wir rüsten weiter und schließlich kommt der große Kladderadatsch. (Lachen.) Er kommt, er ist nur ausgeblieben. (Erneutes Lachen.)

Herr v. Bethmann-Hollweg (Bt.): Der Vorkämpfer kann die weltwirtschaftliche Entwicklung der Völker nicht hindern. Das Interpellationsrecht des Reichstages, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und die Ministeranfrage müssen vom neuen Reichstage geregelt werden. Versetze man nicht, daß es ein sozialdemokratischer Redakteur so gegen die Regierung gefahren hätte wie die bürgerlichen, so wäre ihm Gefängnis sicher gewesen. Die herrschenden Klassen sind deshalb friedfertig, weil sie am wenigsten daranzufehen haben. Einem Landverber, den Herr von Lindquist beurteilt, können wir nicht zustimmen. Wir rüsten weiter und schließlich kommt der große Kladderadatsch. (Lachen.) Er kommt, er ist nur ausgeblieben. (Erneutes Lachen.)

## Schau der Zweite.

Die Konstanzer Reichstagswahl wird in einem beträchtlichen Teile der süddeutschen Presse noch immer lebhaft besprochen. Dabei hat sich der Streit schließlich vorwiegend auf die Frage ausgegipft, ob nach dem Vorbild des Abg. Dr. v. Thoma ein etwa auch der neugewählte Abg. Schmidt in den Sozialdemokraten, was die Erlangung der Reichswahlberechtigung nach sich ziehen würde, eine Einigung der Sozialdemokraten mit den Liberalen über die Erlangung der Reichswahlberechtigung nach sich ziehen würde. Auf einen solchen Vorwurf schrieb das liberale Blatt in Gingen:

„Wir stellen hiermit auf Grund genauer Kenntnis des Sachverhaltes fest, daß diese zentralistische Behauptung eine große Unwahrheit ist. Reichstagsabg. Schmidt hat keine auf die Reichswahlberechtigung bezüglichen Bedingungen unterzeichnet.“

Demgegenüber wird jedoch von sozialdemokratischer Seite erklärt:

„Die nationalliberale Ablehnung lief also auf Sozialpartei hinaus. Herr Schmidt hat in der Tat keine Wahlbedingungen unterzeichnet. Aber auf die Arbeit mit der Feder kam es auch gar nicht an. Wohl aber hat er sich den sozialdemokratischen Wahlbedingungen ausdrücklich unterworfen, und außerdem noch Parteigenossen beauftragt, die entsprechenden Erklärungen in seinem Namen abzugeben. Er hat also faktisch genau genommen noch mehr als eine schriftliche Erklärung abgegeben, ist dem in der liberalen Presse angedeuteten abgelegenen kardinischen noch nicht entgegen und die sozialdemokratische Presse kann den Liberalen mit Zug feige Verleumdung von Vorwurf machen.“

Wie ist doch der Ausgang der Konstanzer Wahl als liberaler Sieg gefeiert worden und wie wenig Staat ist in Wahrheit mit einem solchen Siege zu machen! Früher spottete man der sozialdemokratischen Krieger, auf denen man die Ermächtigen in den Wallstoch hineinbrachte. Neuerdings sind die Krieger bereits überflüssig. Der liberale Kandidat, der sozialdemokratischen Hilfe würdig sein soll, zeigt gebundene Hände, jetzt ist mit dem Abg. Schmidt schon der zweite mit sozialdemokratischen Helfen beauftragte in die nationalliberale Reichstagsfraktion aufgenommen und wer weiß, ob nach den Neuwahlen nicht die Verabschiedung der nationalliberalen Abgeordneten nicht unangenehm handreich aufweist. Die parteiuliche „Nationalist. Fort.“ hat zwar versichert, ein irgend wie gebildetes Mandat werde nicht nur mit dem Geiste und dem Buchstaben der Verfassung in Widerspruch, sondern es sei auch mit der Ehre und mit der Verantwortlichkeit der Abgeordneten wie mit der Ehre und mit der Verantwortung der schiedertend unvereinbar; es sei deshalb eine Forderung der politischen Gerechtigkeit wie der persönlichen Würde, daß

Die Kandidaten es grundsätzlich von sich weisen, anderen Parteien gegenüber schriftliche oder mündliche Erklärungen eingeleitet. Aber so schon diese Worte auch gewöhnlich sein mögen, sie hätten rechten Wert doch erst, wenn ihnen die Tat folgte und Abgeordnete, die dieser Verpflichtungen gegen andere Parteien trotzdem auf sich genommen haben, zum mindesten nicht in die Fraktion aufgenommen würden. Diese selbstverständliche Schlussfolgerung ziehen die Nationalisten nicht, Herr Dr. Thoma ist in die Fraktion eingezogen, Herr Schmid-Singen ist gefolgt, und dieser weiß ganz genau, es war nicht der erste und wird noch lange nicht der letzte sein. Welche Folgen sich für die nationale Fraktionspolitik und für die Haltung der einzelnen Fraktionsmitglieder ergeben, ist selbstverständlich. Kein ruhig urteilender Politiker wird z. B. bezweifeln, daß die Reichsvereinerordnung, obwohl auch nicht alle einschlägigen Wünsche erfüllt werden konnten, doch einen erheblichen Fortschritt bedeutet und daß ihre Ablehnung durch die Reichstagsmehrheit eine empfindliche Härte und unerbittliche Schädigung für manniache Gruppen von Arbeitern bedeutet hätte. Gleichwohl hat in der Gesamt- abstimmung auch ein nationalliberaler Abgeordneter gegen dieses große Reformwerk gestimmt und es braucht wohl nicht erst mitgeteilt zu werden, daß dies derjenige Volks- vertreter war, der in Zusammenhalt ähnliche Verpflichtungen einging wie nach ihm sein fraktionsgenosse Schmid- Singen.

## Der italienisch-türkische Krieg.

**Schändungen und Grausamkeiten an Italienern?**  
Die italienische Botschaft in Berlin teilt mit: Aus einem Bericht des Generals Canova an die italienische Regierung geht hervor:  
Auf dem Salachtsfeld wurden am 6. und 7. November an toten und verwundeten Italienern Schändungen und Grausamkeiten verübt. Ein Toter wurde entkopft und barbarisch ver- heimlicht aufgefunden. Ferner feuerten die Araber auf Kinder und Krankenwagen. Die auch türkische Regimenter an den Kämpfen teilgenommen haben, sind auch sie für diese Ausdrücke der Barbarei verantwortlich. Der türkische Kommandant ließ im Lager von Ain Jara der Spionage verdächtige Araber ohne Urteil hängen. Es ergebe sich demnach, daß die Türken und die von ihnen geführten Araber die Artikel 1, 2, 4, 21, 24 und 30 der letzten Konvention verletzen.

**Die Unterdrückungsregeln der Italiener.**  
Ferner erklärt die italienische Botschaft in Berlin bezüglich der fortgesetzt unlauffähigen falschen Nachrichten über die Unterdrückung der Revolte der im Rücken der italienischen Armeen befindlichen Araber:

Bei den erschöpften Arabern handelt es sich nicht um die- jenigen, welche mit den Türken zusammen vor den italienischen Truppen kämpften, sondern um solche Araber, welche, nachdem sie sich unterworfen, dabei überfallen wurden, wie sie auf die ita- lienischen Truppen in der Gegend von Tripolis angriffen. Den italienischen Armeen und der Stadt Schiffe abgaben. Diese Unter- drückung wurde nicht von einzelnen Soldaten, sondern von Ab- teilungen (Kompanien oder kleineren Abteilungen) unter dem Befehl von Offizieren vollzogen. Man ersieht auf der Stelle Ver- sionen, die mit der Wahrheit in der Sache ungenügend sind. Die- jenigen, die verhaftet worden, an der Luft übergeben worden zu haben, wurden von dem Kriegsgericht abgeurteilt, folgte, bei denen das Befehlende Weisheitsamt hinsichtlich, erschossen, die übrigen, ebenso die Frauen und Kinder in großer Anzahl nach italienischen Deportationsinseln geschickt. Wenn Frauen und Kinder in der Lage gefunden wurden, so wurden sie sich um Personen, welche den Regeln zum Opfer gefallen sind, die während der Angriffe oder Kämpfe abtraten, zu denen die oben erwähnte Unterdrückung den Anlaß gab. Solche bewunderliche Vor- sichtsmaßnahmen sind die unermüdliche Folge eines Krieges. Die Truppen haben selbst bei Unterdrückungsregeln großen Gehor- samkeit.

### Italienisches Dementi.

Die römische „Agenzia Stefani“ erklärt die Meldung eines Blattes, die Revolvern der Jahrgänge 1887 und 1886 seien zu den Waffen berufen worden, als gänzlich un- begründet.

### Ein neuer türkischer Sieg.

„Anadol“ schreibt: Am 7. er. fand bei Suk el Djuma, fünf Kilometer südlich von Tripolis, ein Kampf statt, bei dem die Türken Sieger blieben und die Italiener große Verluste hatten. Die Italiener machten einen Gegenangriff, wurden aber zurückgeschlagen. Die Türken besetzten vier artillerische Brunnen, die von den Italienern außerhalb Tripolis besetzt worden waren. Der Meereskrieg und einige Beamte aus Benghazi sind in Konstantinopel angekommen.

### Die letzten Telegramme.

Bei Schluß der Redaktion laufen noch eine Reihe von Telegrammen ein, aus denen folgendes hervorzuhelien ist: Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tripolis unter dem 8. November:

Gestern Abend traf der amerikanische Kreuzer „Chester“ hier ein, um den amerikanischen Konsul an Bord zu nehmen. Die Ankunft des Kreuzers war veranlaßt durch Ge- richt der türkischen Presse über eine bevorstehende Einnahme von Tripolis. Im diesen Gerichten nicht neue Nahrung zu geben, lehnte der Konsul ab, sich abzurufen, und gab seiner Regierung die Versicherung, in Tripolis sei alles ruhig, und es bestände keine Gefahr für die Europäer. General Canova dankte dem Konsul für seinen Entschluß. Der Kreuzer „Chester“ ist am selben Abend wieder abgegangen.

Mittwoch Abend und Donnerstag nachmittag haben fort- gesetzt Heine de Garmühl bei Tripolis stattgefunden, wobei der Feind das Gelände, das überall Gelegenheit zu Ueber- fällen aus dem Hinterhalt bietet, ausnutzte, um die Aufklärungs- arbeit der Italiener zu stören. Das 93. Infanterie-Regiment wurde besonders stark engagiert und hatte zwei Tote und 26 Verwundete. Die Araber wurden an verschiedenen Pun- kten von der italienischen Artillerie wirksam beschossen, worauf sie sich zerstreuten. Die italienische Rundfunkberichte, herrichten im türkischen Lager außer der Cholera auch die Malaria.

Eine Meldung aus Konstantinopel besagt, die tür- kische Kammer habe mit großer Mehrheit eine Tages- ordnung angenommen, in der die Erklärungen des Kriegsministers als ausreichend bezeichnet werden.

## Die Revolution in China.

Der Bischof von der Mandschurei befallt den Provinzialbehörden, eine Landwehr zu organisieren. Die Stadt Kanton hat ihre Unabhängigkeit erklärt. Gestern mittag wurde die Drahtloslage unter Abfeuern einer Salve niedergebrosen.

Später läuft aus Hongkong noch folgende Neuter- meldung ein: Ein großes Uebergeben zu vermeiden, fügte sich der Bischof der Erklärung der Unabhängigkeit von Kanton. Der Bischof sucht ein vorläufiges Abli in Hongkong.

## Deutsches Reich.

\* Ueber die dem Ausnahmetarif für Futter- und Streumittel zugrunde liegende Ansicht hat der Minister der öffentlichen Arbeiten auf eine Anfrage der Deutschen Land- wirtschafts-Gesellschaft folgende bemerkenswerte Antwort erteilt: Zu der Erstellung des Ausnahmetarifs für Futter- und Streumittel haben lediglich das Interesse der Allge- meinheit an der Erhaltung des deutschen Viehstandes und die Lage der Viehhalter Anlaß gegeben. Die Frucht- ermäßigung ist deshalb ausschließlich den landwirtschaft- lichen wie nicht landwirtschaftlichen Verbrauchern von Futter- und Streumitteln zugedacht, damit die Folgen der ungünstigen Futterernte für die Viehhaltung gemildert werden. Der Tarif selbst drückt diese Absicht dadurch aus, daß er nur auf Sendungen mit überwiegender Frucht (Zahlung der Frucht durch den Empfänger) angewendet werden kann. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die Sendungen aus Abfällen bestehen, die vor oder nach dem Inkrafttreten des Tarifs, und zwar, wie handels- üblich, einschläglich Fracht, getätigt sind. Es hat insbe- sondere die Ansicht kein Versehen, dem Handel durch Aus- führung eines nachträglichen Gemeinnes ston- funktionsfähigen tragen zu lassen, auf deren Erfolg alle an- deren Erwerbszweige dann den gleichen Anspruch erheben könnten. In der Tarifgrundlage hat sich durch die Neu- ausgabe des Tarifs vom 22. September d. J., die auch die Sendungen von Händler zu Händler einbezieht, nichts ge- ändert. Die unbefristete Freigabe der Sendungen von Händler zu Händler ist lediglich auf die zahlreichen Vor- stellungen von Handelskammern und Einzelfirmen erfolgt, daß der Ausschluß der an Händler gerichteten Sendungen die Kalkulation erschwere, so daß der Handel nicht in der Lage sei, die Ermäßigung den Verbrauchern wirklich gut zu bringen. Vermeintlich nimmere ein Teil der Verkäufer den Verbrauchern überhaupt die Ermäßigung, so verliert dies Vorhaben gegen die Absicht des Tarifs, wie auch insbesondere gegen die Begründung, mit der die Verallgemeinerung vom Handel selbst erbeien worden ist.

\* Kaiser und Kaiserin. Der Reichskanzler und Frau von Bethmann Hollweg folgten am Donnerstag Abend einer Einladung Ihrer Majestäten zur Abendtafel.

\* Kronprinz und Reichskanzler. Die von der „Natio- nal-Zeitung“ gebrachte Notiz, nach der der Kronprinz eine gemeinsame Aktion mit seinen Brüdern gegen den Reichs- kanzler plane, entspricht, wie das kaiserliche Hof- marschallamt mitteilt, nicht den Tatsachen.

\* Der Kaiser und die Flotte. Das erste Geschwader der Flottenflotte ist, von Wilhelmshafen kommend, am Donner- stag nachmittag um 2 1/2 Uhr in den Kieler Hafen eingelaufen. Die Aufklärungsflotte werden heute von ihrer Verlegungs- stelle nach Kiel zurückverlegt, so daß alsdann während der bevorstehenden Refitmentperiode durch den Kaiser die geliebte Hochseeflotte im Kieler Hafen verankert sein wird.

\* Zum deutsch-französischen Abkommen. Die Kom- mission der französischen Deputiertenkammer für die auswärtigen Angelegenheiten begann am 9. er. mit der Beratung der Vorlage über die Ratifikation des deutsch-französischen Abkommens. In der Sitzung war auch der Minister des Aeußeren erschienen, um entsprechende Aufklärungen zu geben.

\* In der Sitzung des Bundesrats am 9. er. wurde der Vorlage betreffend Festsetzung der Vergütungsätze für vergällten und ausgeführten Braun- wein, der Vorlage betreffend Veredelungsverkehr mit Gafermehl und Kakaopulver zur Herstellung von Kakofakao, der Vorlage betreffend Bezug von Unfaul- ulw. Rente in Grenzbezirken, der Vorlage be- treffend Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Kohaudeerfabriken usw., der Vorlage betreffend Abänderung der Befristung über die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen usw. und der Vorlage betreffend die Feststellung und den Ausschank kohlenaurer Getränke die Zustimmung erteilt.

\* Keine Reichstagsberatung in Friblar-Somberg- Ziegenhain. Anlässlich wird bekannt gegeben, daß die auf den 30. November anberaumte Reichstagsberatung für den verstorbenen Abgeordneten Liebermann v. Sonnen- berg im Reichstagswahlkreise Friblar-Somberg-Ziegen- hain aufgehoben worden ist.

## Ausland.

**Frankreich und Spanien in Marokko.**  
Der Pariser „Temps“ richtet im Hinblick auf die bevor- stehenden französisch-spanischen Marokko- Verhandlungen in sehr nachdrücklicher Weise an England die Mahnung, sich in dieser Angelegenheit auf die Seite Frankreichs stellen, dessen Forderung, Spanien möge Laracha und Elskar räumen, durchaus berechtigt und loyal sei. England, welches mit Frankreich und Spanien durch Abmachungen und Freundschaftsbündnisse verknüpft sei und an dem französisch-spanischen Vertrag von 1904 mit- gemischt habe, sei ganz besonders dazu berufen, Spanien zu eröffnen, daß es die Loyalität Frankreichs mit gleicher Mänge bezahle. Der Augenblick sei gekommen, wo die französisch-englische Solidarität sich bedauern müsse. Möge den Regierungsmännern in London und Paris der Vortritt erspart bleiben, daß diese Solidarität unerschütterlich ge- worden sei.

Nach einer weiteren Meldung aus Paris bezeichnet Clemenceau die von einigen Blättern gebrachte Meldung, daß er die Regierung über den französisch-spanischen Ge- heimevertrag interpellieren wolle, als unbegründet.

Angehts der Erzeugung, die in Tanger durch die sanitären Maßnahmen hervorgerufen wurde, be- schloß die spanische Regierung, den Kreuzer „Cataluna“ nach Tanger zu entsenden.

Das Pariser nationalistische Blatt „La Presse“ erblickt in der Entsendung des Kreuzers „Cataluna“ ein Anzeichen

dafür, daß der französisch-spanische Streit um jeher zugebilligt habe. Der Hinweis auf die durch die sanitären Maßnahmen in Tanger hervorgerufene Gefahr ist nur ein Vorwand. Die spanische Regierung wolle zeigen, daß sie Tanger als zur spanischen Einflusphäre gehörig ansehe.

## Zu den Strawallen in Tunis.

Aus Tunis wird weiter gemeldet, unter der italienischen Bevölkerung herrsche eine große Panik, da dort alarmierende Nachrichten verbreitet seien, darunter das Gerücht, Tausende von Eingeborenen mar- schierten aus dem Innern des Landes nach Tunis. Eine Befestigung des Gerichts liegt nicht vor. — Eine spätere Meldung der „Agence Saba“ aus Tunis, 9. November, besagt: Die Nacht ist ruhig verlaufen. Heute morgen sind in Barda vier französische Seeleute von Eingeborenen überfallen worden, wobei ein Seemann getötet und die übrigen drei durch Flintenschüsse verwundet wurden. In Sufa und Sfax soll sich eine gewisse Unruhe be- merksbar machen.

## Aus Jäh und Fern.

Die Typhusepidemie in Rheinland und Westfalen fordert noch immer neue Opfer. In den beiden hiesigen Krankenhäusern erkrankten vier Krankenheizerinnen. Zwei von ihnen sind bereits Opfer der Gifte geworden.

„In Gofro ermorbt?“ Man meldet aus Bordeaux: Das Gerücht von Robe Castro ist von einem Passagier des trans- atlantischen Dampfers „Aca“ ausgebreitet worden, der am 8. er. hier angekommen ist. Ueber den Kapitän des Dampfers nach der Vertreter der Dampfgesellschaft in Guaymas, was auch an Bord befindliche Regierungskommissar hatten Kenntnis von diesem Gerücht.

Zwei Millionen Kronen Brandschaden. In Esseg ist die Untermühle vollständig niedergebrosen. Der Schaden beträgt zwei Millionen Kronen.

Streit New-York. Man meldet von dort unter dem 10. November: Wegen der Einföhrung der Nachtarbeit streifen die Arbeiter des jüdischen Arbeitervereins. Sie wollen nur am Tage arbeiten. Auf den Streik kämen sich die gestülten Will- tonen. Der Bürgermeister hat die Entlassung der Streikenden verweigert; doch ist dies wirkungslos, da ein Erfolg schwer zu be- schieben ist.

## Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. Der Nobelpreis für Literatur. Die Schwedische Aka- demie der Wissenschaften hat beschlossen, den Nobelpreis für Literatur Maurice Maeterlinck zuerkannt.

## Sport und Jagd.

† Jagdergebnisse. Brauchts-Obliß (Santreis) (Jagdbereit: Oberamtman Wenzel und Amstrot von Zim- mermann) 1963 Hasen und 30 Rebhühner. — Gismannsdorf: 705 Hasen und 14 Rebhühner. — Göttra bei Gien- burg (Jagdbereit: Mittelratsbehrer Wolf-Zhalmann) 1087 Hasen und 20 Rebhühner. — Gobenstekt: 318 Hasen. — Wol- fersfeld (Jagdbereit Oberamtman Hody) 883 Hasen. — Kög- lichau (Jagdbereit Amtmann Eisfeldt) 2 Hefe, 287 Hasen, 20 Fasanen, 100 Kalkentchen, 16 Kaninchen und 8 Reb- hühner. — Göttrich (Jagdbereit) 470 Hasen, 20 Fäher. — Sinschen gefesselt: 150 Hasen und 1 Fasan. — Radisleben (Jagdbereit Domänenpächter Schreiber) 805 Hasen.

## Kurorte, Reisen und Winterport.

† Baden-Baden. Zimmer mehr gemietet die Herbst- und Winterkuren an Bedeutung, vor allem wurde der Zuruhrkur in hohem Maße geschätzt, auch das Ra- dium-Emanationskur weiß einen erfreulichen Verlauf auf. Die Radium-Emanationskur ist gerade in den Wintermonaten sehr zu empfehlen, da sie gegen die verschiedenartigen Katarrhe, gegen Gicht und Rheumatismus in hervorragender Weise schließt. Im weiteren Winterkuren kommen hier in Betracht: Baden und Teinach, beide mit Radium- und Radiumkur; auch bei hartem Schneefall hat hier die Wege geöffnet. Zu Baden, Schiffsruh und Schläfen ist hier manniache Gelegenheit vorhanden; den Freund des Weisports finden hier gebaute Reitbahnen zur Verfügung. Außer den täglichen Konzer- ten des hiesigen Orchesters finden auch inwärtlich große Kon- zerte und Symphoniekonzerte, sowie Kammermusikabende mit ersten Künstlern statt. Große Unterhaltungs-Programme der Wintermonate. Dank seines milden Klimas kommt Baden- Baden hauptsächlich als Überwinterungsstation zwischen Göttra und Baden in Betracht und ist gerade in diesen milden Herbsttagen von einem zahlreichen und vornehmen Publikum besucht.

† Winterport in der Schweiz. Der Verkehrsverein St Moritz telegraphisch, daß die Eislaufzeit am 4. November begonnen, das Eis vorzüglich und auch schon Gelegenheit zum Schlitteln und Schlauen vorhanden sei.

## Fekte Telegramme.

### Deutschland und Japan

Berlin, 10. Nov. Zu Ehren des japanischen Generals Ohima gab die Deutsch-Japanische Gesellschaft gestern Abend ein Festmahl. General Ohima erwiderte auf den Will- kommensgruß des General-Feldmarschalls Freiherrn v. d. Goltz, er wisse als Soldat, was Japan Deutschland zu verdanken habe; doch auch auf anderen Gebieten hätten die beiden Länder manche Verührungspunkte.

### England und Deutschland.

London, 10. Nov. Dem Premierminister ist folgende, von etwa 80 Unterhausmitgliedern oder Parteien unter- zeichnete Rundgebung übermittelt worden:  
„Im Hinblick auf die Weltorgane, die man in England wegen der vor kurzem drohenden Gefahr eines Krieges gesetzt hat, und im Hinblick auf den Beschluß der Marokko-Verhandlungen, wird die Regierung dringend ersucht, wie folgt, wie wichtig es ist, Schritte zu tun, erlisens um den in Deutschland herrschenden über den Eindruck wegen der Haltung Englands gegenüber Deutsch- land zu beseitigen, und zweitens der deutschen Regierung und dem deutschen Volk Gewißheit zu geben, daß keine determinierte Stellung in England Deutschlands berechtigete Schutzinter- esse und Selbstbestimmtheit anerkennen wird. Wir teilen die Hoffnung, daß jede Gelegenheit, mit Deutschland Hand in Hand zu gehen, wahrgenommen wird, daß jeder Anzeichen einer Abficht, Deutsch- land zu isolieren, befeigt wird, und daß nicht ausgebehen wird, daß die englisch-französische Entente einer herzlichen Annäherung an Deutschland im Wege sei.“

### Wien-Berlin in einer Unterredung.

Wien, 10. Nov. In den nächsten Tagen beabsichtigt der Aulizier Geld mit einer Kreditnote vom Wiener Ver- ständiger Flugplage aus nach Berlin zu fliegen. Die Kri- strede beträgt etwa 600 Kilometer.



Die Rubrik in Kursbuch... An bedeutet: ...

Berliner Borse, 9. Nov. 1918

Umrechnungs... 1 Fr. ... 100 Pf. ...

Main table containing financial data, including columns for 'Kurs', 'Börse', 'Aktien', 'Anleihen', and various company names like 'Deutsche Bank', 'Berliner Handels-Gesellschaft', etc.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional publication information.

